



GRH und Insiderkomitee

Erklärung zur Überführung der MfS-Akten in das Bundesarchiv

Auf Beschluss des Bundestages wird am 17. Juni 2021 das „Stasi-Unterlagen-Archiv“ als eigenständiger Teil in das Bundesarchiv überführt. Das Amt des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) wird zum Amt des oder der „Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur“ beim Deutschen Bundestag „aufgewertet“.

Die Behörde des Bundesbeauftragten war mehr als 30 Jahre mit ihren zunächst über 3.000 Mitarbeitern die wichtigste Instanz zur Delegitimierung der DDR. Ihr Unterhalt verschlang mehrere Milliarden Euro an Steuermitteln.

Das „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“ wird rechtliche Grundlage für die Überprüfungen auf „Stasi-Mitarbeit“ bleiben. Mit seiner Verlängerung um weitere zehn auf dann insgesamt 40 Jahre (bis 2030) wird der Zugang zu den MfS-Akten auch künftig nicht nach dem Bundesarchiv-Gesetz erfolgen, sondern noch erweitert werden.

Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg wird Archivzentrum und zur „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, einem „Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte“ ausgebaut. Die bisherigen 12 Außenstellen sollen modernisiert und umgestaltet werden. Perspektivisch sollen Einsichtnahmen auch in Koblenz, Freiburg, Bayreuth und Ludwigsburg möglich sein.

Geheim bleiben die MfS-Erkenntnisse über die Machenschaften westlicher Geheimdienste und kompromittierende Informationen über westliche Politiker. Die Archive der alten BRD bleiben ohnehin geschlossen.

Die „Transformationsprozess“ wird noch höhere finanzielle Aufwendungen erfordern als bisher, aber dafür besser im Haushalt des Bundesarchivs versteckt. Die BStU beschäftigte zuletzt 1.400 Mitarbeiter für 111 km Akten, von denen keiner entlassen werden soll. Die erst 1958 in der BRD gebildete Zentralstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen beschäftigte vergleichsweise niemals mehr als 121 Mitarbeiter, heute arbeiten dort zwanzig.

Auch unter der Obhut des Bundesarchivs ist kein sachlicher Umgang mit den MfS-Akten zu erwarten. Ihre einseitige und selektive Auswertung soll vielmehr noch stärker mit allen anderen Formen der Anti-DDR-Propaganda verbunden werden. Suggestiert wird, dass alle MfS-Akten „Opferakten“ seien, die sich auf Repression und Überwachung beziehen. Tatsächlich sind mehr als die Hälfte davon Ergebnisse von Sicherheitsüberprüfungen, in denen DDR-Bürgern z.B. vor Reisen oder Tätigkeiten ins westliche Ausland oder dem Einsatz in bestimmte Funktionen fast immer ihre Treue zur DDR bescheinigt wurde. Übrigens sind entsprechende Sicherheitsüberprüfungen auch in westlichen Staaten üblich.

Vor Übernahme der Unterlagen durch das Bundesarchiv erfolgte keinerlei archivwissenschaftliche Bewertung. Ein Großteil der Akten enthält keine für die Nachwelt bedeutsame Informationen, sind also ohne jeden archivalischen Wert.

Die Bevölkerung der DDR wird sukzessive in ein Volk von SED-Opfern umprogrammiert. Eine Vorahnung, was mit dem neuen Amt des „Opferbeauftragten der SED-Diktatur“ beabsichtigt ist, liefert eine in Brandenburg vorgelegte Sozialstudie. Danach sollen 20 bis 30 Prozent der DDR-Bürger Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des MfS gewesen sein. „Kreativ“ werden neue Opfer gesucht, z.B. durch die Einbeziehung sämtlicher Insassen von Kinderheimen in der DDR. Krönung des Ganzen ist die Feststellung, dass sogar erst nach dem Ende der DDR Geborene den Opfer-Status erben können. Die Penetranz, mit der auch weiter an der Verteufelung der DDR festgehalten wird, ist nur erklärbar aus dem Bestreben, jede Erinnerung an die emanzipatorischen Errungenschaften der DDR auszulöschen und jede sozialistische Idee aus den Köpfen zu verbannen.

Auch nach Jahrzehnten solcher Gehirnwäsche ist die „Umerziehung der Ostdeutschen“ weitgehend erfolglos geblieben. Dieses Erkenntnis veranlasst offenbar den Ostbeauftragten Wanderwitz zu der Feststellung: „Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind“.

Welche Demokratie sie meinen, zeigt die Gegenwart. Die Grenzen des profitorientierten Gesundheitssystems, die Frage bezahlbaren Wohnens, die Versäumnisse in der Umwelt- und Klimapolitik, die erkennbare Gleichschaltung der Medien, die abenteuerlichen Begründungen für die profitable Erweiterung des Rüstungsgeschäfts und die Politik am Rande eines heißen Krieges lassen die Fassade des kapitalistischen Systems bröckeln und verlangen nach Antworten. Dass solche Antworten auch in den guten wie den schlechten Erfahrungen der DDR zu finden sind, wird sich auf Dauer nicht verleugnen lassen.

Anlässlich der Überführung der MfS-Unterlagen in das Bundesarchiv und der Schaffung des Amtes „Beauftragter für die Opfer der SED-Diktatur“ fordern wir:

- **Antworten auf unsere 21 Fragen** „zum Umgang mit der DDR-Geschichte“, die wir im Oktober 2018 dem damaligen Bundesbeauftragten Roland Jahn stellten; ihre Aktualität ist ungebrochen.
- **Sachlichen und wahrheitsgemäßen Umgang mit der Geschichte** beider deutscher Staaten und ihrer Geheimdienste.
- **Schluss mit der weiteren Dämonisierung der DDR und des MfS** in Schulbüchern, Gedenkstätten und in Reden von Politikern.
- **Aufhebung aller Regelungen, die Ostdeutsche aufgrund ihrer Vergangenheit diskriminieren**, einschließlich der Rehabilitierung der zu Unrecht Verfolgten

Berlin, am 17. Juni 2021
Gestützt auf MfS inside

Gemeinsam für den Frieden

Am 16.6.2021 stellten ehemals hohe Militärs der NVA gemeinsam mit Horst Parton und weiteren Vertretern des Vorstandes der ISOR diesen, vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden (OKV) unterstützten Aufruf auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Sie fordern darin eine Rückkehr zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen:

Gleichheit aller Staaten, der Achtung gleich ob groß oder klein

Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt

vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete bis hin zum Kosmos.

Die ehemaligen Militärs fordern, den über Jahrzehnte erfolgreichen Prozess der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen, der seit über einen halben Jahrhundert den Beweis liefert, dass bei entsprechendem politischen Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

Der Aufruf endet mit den Worten:

Es geht um unser aller Überleben Heute werden dafür die Weichen gestellt

Generalleutnant Manfred Grätz, ehem. Chef des Hauptstabes der NVA, erläuterte diesen Aufruf. Er führte u.a. aus: „Schon einmal, vor nunmehr sechs Jahren, wandten wir uns mit einem Aufruf „Soldaten für den Frieden“ an die Öffentlichkeit. Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die einstige Antihitlerkoalition brachten wir damals unsere Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Fortbestand der Zivilisation in Europa zum Ausdruck. Wir konstatierten, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist, dass die von den USA und ihren Verbündeten betriebenen Bemühungen um die Neuordnung der Welt immer deutlicher und aggressiver spürbar wurden und dass vor allem die NATO-Osterweiterung in Richtung Russland unaufhaltsam vorangetrieben wurde. Eben weil wir als ehemalige Militärs sehr gut wissen, was Krieg bedeutet, erhoben wir bereits damals unsere Stimme gegen den Krieg, für den Frieden. Heute nun, am Vorabend des 80. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, jenes 22. Juni 1941, der sich mit blutigen Lettern für immer in den Geschichtsbüchern der Menschheit verewigt hat, melden wir uns erneut zu Wort. Unser Gewissen treibt uns voran. Unsere moralische Verantwortung als ehemalige Militärs, die wissen was Krieg bedeutet und die Jahrzehnte für die Erhaltung des Friedens ihren Dienst verrichtet haben, lässt uns nicht ruhen, lässt uns mahnen, auch warnen. Das sind wir uns selbst, mehr noch den jüngeren Generationen, die ihr Leben noch vor sich haben, schuldig.“

Mit Zahlen und Fakten widerlegte Manfred Grätz die Märchen von der angeblichen russischen Bedrohung und verwies zugleich auf die wachsende Kriegsgefahr.

Weiter führte er aus: „So haben wir mit großer Aufmerksamkeit den offenen Brief von ehemaligen französischen Generalen und hohen Offizieren zur Kenntnis genommen, den sie als Reaktion auf den Plan „NATO 2030“ an den Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, richteten. Die Übereinstimmung unserer Auffassungen zur NATO, insbesondere zum aggressiven Kurs gegenüber Russland, zur NATO-Osterweiterung und einer Reihe weiterer Probleme hat uns veranlasst, dem Unterzeichner des offenen Briefes unseren Aufruf „Gemeinsam für den Frieden“ zur Kenntnis zu geben.

Die Antwort darauf war sehr wohlwollend und ermutigend.

Auch aus Österreich gibt es von einem Oberstarzt (Dr. Georg Ludvik) eine sehr persönliche Zuschrift über die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, verbunden mit Respekt und Anerkennung für die NVA im Nachhinein.

Er schließt mit den zustimmenden Worten:

„Möge der Aufruf zu Frieden und Vernunft ein entsprechendes Echo erfahren, nie verhallen und fruchtbaren Boden finden.“

Deutschland, dem Verursacher des Vernichtungskrieges gegen die SU, kommt eine besondere Verantwortung zu. Wer, wenn nicht die BRD, noch dazu stärkste und einflussreichste Kraft in der EU, sollte eine eigenständige, von den USA unabhängige Politik durchsetzen, die auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Russland gerichtet ist, die dem Frieden und der Verständigung dient.

Gemeinsam mit Russland für den Frieden. Ohne Russland wird es in der Welt keinen Frieden geben.“

Der Einladung zur Pressekonferenz waren nur Vertreter befreundeter Organisationen gefolgt, Journalisten der eingeladenen Hauptstadtpresse oder überregionaler Medien waren nicht erschienen. Umso bemerkenswerter war die Anwesenheit des verteidigungspolitischen Sprechers der Partei die LINKE im Bundestag, Dr. Alexander Neu. Er schilderte, dass der Vorschlag für einen Freundschaftsvertrag mit Russland eine Initiative von West-LINKEN sei und nicht von der gesamten Bundestagsfraktion getragen werde. Die Bundeswehr verfüge jährlich über einen Etat für Öffentlichkeitsarbeit von 40 Millionen Euro und erziele mit ihrer antirussischen Propaganda zunehmend Einfluss unter jungen Menschen im Alter bis zu 30 Jahren, junge LINKE eingeschlossen.

Alle Anwesenden waren sich jedoch darin einig, dass es kein Nachlassen im Kampf für Frieden und Abrüstung geben dürfe. Wenn sich einst Reagan und Gorbatschow darauf verständigen konnten, dass ein Atomkrieg weder führbar noch gewinnbar sein könne, so gilt das heute erst recht. Die Modernisierung von Atomwaffen und dafür geeigneter Trägersysteme ist eine permanente Bedrohung der Existenz der Menschheit. Die damit verbundene Vergeudung von Ressourcen in unvorstellbarem Ausmaß entzieht bedeutsamen Zukunfts-Projekten z.B. auf den Gebieten des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, der Armutsbekämpfung usw. die dringend benötigten Mittel.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Meinungs- und Pressefreiheit

Eine ganzseitige Annonce zum 30. Jahrestag der ISOR, wie sie im „Neuen Deutschland“ und der „jungen Welt“ erschienen ist, hatte die Geschäftsstelle auch der „Berliner Zeitung“ zur Veröffentlichung angeboten. Diese Zeitung hatte in der Vergangenheit manche Beiträge gebracht, die sichtlich darauf gerichtet waren, ihre hauptsächlich in Ostberlin ansässige Leserschaft anzusprechen. Eine Veröffentlichung scheiterte an „ideologischen“ Gründen. Das Feindbild „Stasi“ sollte nicht beschädigt werden. Wieder einmal bestätigte sich, dass die angeblich unbegrenzte Freiheit der Presse im Kapitalismus in Wirklichkeit die Freiheit einiger weniger reichen Leute ist, ihre Meinung in 95 Prozent aller Medien – selbstverständlich völlig ungehindert – zu verbreiten.

Ein Aufruf zur Vernunft

Angesichts der militärischen und politischen Situation der Welt von heute wird der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen Anliegen aller vernünftigen Menschen.

Als ehemalige oder heute noch aktive Militärs in Ost und West haben wir diesbezüglich eine besondere Verantwortung, weil wir die Folgen von Kriegen kennen.

Frieden ist heute nur erreichbar, wenn wir zurückkehren zu den Prinzipien, auf denen 1945 nach zwei Weltkriegen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Nachkriegsordnung aufgebaut wurde:

Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten, gleich ob groß oder klein

Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt

Zu diesen Prinzipien müssen wir zurückkehren, vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete, bis hin zum Kosmos.

Deshalb rufen wir auf zur Besinnung auf eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit, vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, denen als Atomkräfte eine besondere Rolle zukommt.

Unser Land, eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt, trägt wegen seiner Geschichte dabei eine besondere Verantwortung.

Soldaten der höheren Führungsebene erkennen auch bei uns ihre Verantwortung, die Politiker zu einer Politik der Friedenserhaltung und Zusammenarbeit aufzurufen.

Wer heute über Mittel verfügt, die über Leben oder Tod entscheiden, kann sich nicht mehr als bloßer Befehlsempfänger der Politik sehen. Wer diese Verantwortung auf seinen Schultern trägt, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, eine Politik einzufordern, die das gemeinsame Überleben aller sichert.

Die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Zukunft sollten uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg einen. Diese Erde gehört nicht nur uns, sie gehört auch den Generationen, die noch ins Leben treten werden.

Alle, die die Sorge um die Erhaltung des Friedens und des Überlebens mit uns teilen, sind willkommen, unabhängig von ihrer Nationalität, Profession, ihrem Alter, Geschlecht und Glaubensbekenntnis.

Wir fordern von unseren Regierungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln unter Beachtung der Interessen der Mehrheit der Menschen zu lösen.

Unsere Regierungen sollen eine Politik der Zusammenarbeit führen und gegen andere Länder keine Politik betreiben, die sie zwingen könnte, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen.

Als Militärs fordern wir, den über Jahrzehnte erfolgreichen Prozess der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen. Er ist seit über einem halben Jahrhundert Beweis dafür, dass bei entsprechendem politischen Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

Allen ist klar, dieser Prozess bedarf seiner Anpassung an die Veränderungen in der Welt.

Gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Verantwortungsträgern rufen wir deshalb dazu auf, innezuhalten mit der Zerstörung des Völkerrechts und der elementaren Lebensgrundlagen der Völker.

**Es geht um unser Aller Überleben!
Heute werden dafür die Weichen gestellt!**

Generaloberst a.D. **Fritz Streletz**,

Generaloberst **Vitali Asarew**, (RF)

Generalleutnant a.D. **Manfred Grätz**,

Generalleutnant a.D. **Horst Sylla**

Generalleutnant a.D. **Wolfgang Neidhardt**,

Generalmajor a.D. **Sebald Daum**,

Generalmajor a.D. **Manfred Jonischkies**,

Generalmajor a. D. Dr. **Günter Voigt**,

Konteradmiral a.D. **Gerhard Müller**,

Oberst a. D. **Friedemann Munkelt**,

Oberst a.D. **Frithjof Banisch**,

Oberst a.D. **Bernd Biedermann**,

Oberst a.D. **Herbert Prauß**,

Oberst a.D. **Nikolai W. Tschuikow**, (RF)

Oberstarzt Dr. **Georg Ludvik**, (Österreich)

Kapitän zur See a.D. **Werner Murzynowski**

Kapitän zur See a.D. **Gerhard Matthes**,

Kapitän 1. Ranges a.D. **Mikhail Pyresin**, (RF)

Oberstleutnant a.D. **Siegfried Eichner**,

Major a.D. **Rainer Paskowsky**,

Major a.D. (Bw) **Florian Pfaff**

*

Zwischenruf

In dieser Zeit, in der sich die Jubiläen übereinander stapeln, sei eines vor 60 Jahren herausgefischt, das zu den teuren zählte und das damals, am 29. Juli 1961, vom Windschatten der kurz danach errichteten "Mauer" verdeckt und also vergessen wurde:

An nämlichen Tage verkündete die Regierung der DDR die Einführung des monatlichen – bezahlten – Haushaltstages für berufstätige Frauen. Das bedeutete immerhin elf zusätzliche Tage pro Jahr für die Entlastung der berufstätigen Frauen (im Jahresurlaub fiel der Haushaltstag weg). Kosten und Mühen verursachte diese Regelung für eine Volkswirtschaft, die durchaus noch nicht „über

den Berg" war. Nach 30 Jahren war Schluss mit dieser Unrechtsbestimmung. Aber auch unter der neuen Fahne erfahren die Frauen Gerechtigkeit und Anerkennung: Das Gendersternchen, die beinahe gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit und viele bunte Zeitschriften begeistern die Leserinnen von „Brigitte" und „Goldener Woche", wenn sie sich mal von der Hausarbeit für Mann und Kind erholen wollen. Um nicht etwa auf andere Gedanken zu kommen, scheuen die Regierenden für die Frauen keine Mühen. Kosten allerdings.

w.k.

Mit dem Kampfbund „ISOR“ für ein friedliches Deutschland

Von Rudi Höll

In der gegenwärtigen Zeit, in der die USA die Europäische Union gegen Russland und China mobilisieren und die Arbeiterparteien ein klägliches Dasein führen, erweist sich ISOR erneut als Kampfbund der durch das Rentenstrafrecht um ihre Lebensleistungen gebrachten ehemaligen DDR-Bürger. Mit dem demonstrativen Bekenntnis zum 30. Jahrestag der Gründung von ISOR im „Neuen Deutschland“ und der „Jungen Welt“ bekundete ISOR, den Kampf nicht aufzugeben. Diese Mitteilung habe ich mit Freude gelesen, gibt sie mir doch nach 30 jähriger Zugehörigkeit zur ISOR sowie 40 Jahren Dienst in der VP neuen Mut und Zuversicht.

Nach den jahrelangen Vorwürfen als „Unrechtsstaat“ ist es nun, nachdem wir 30 Jahre Kapitalismus am eigenen Leib erlebt haben, an der Zeit, sich zu den Errungenschaften in der DDR zu bekennen und für ein besseres Deutschland einzutreten. Die wichtigste Erkenntnis für uns Deutsche nach dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg war: Nie wieder Krieg! Über 40 Jahre hielt sich die Nationale Volksarmee der DDR treu an diesen Schwur. Die Bundesrepublik dagegen erhebt heute wieder ihren Machtanspruch durch Teilnahme an Kriegseinsätzen in vielen Ländern der Welt. Und sogar zur Mitwirkung an einem Atomkrieg ist man bereit, wozu moderne Kampfflugzeuge erworben werden, um die in Westdeutschland lagernden amerikanischen Atomwaffen zu transportieren. Ein weiteres Markenzeichen in der DDR waren soziale Gerechtigkeit sowie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen konnte jeder Bürger kostenlos studieren, sich entsprechend seinen Fähigkeiten qualifizieren und eine leitende Position in Wirtschaft oder Staat einnehmen. Auch gab es keine Arbeitslosen, die Mieten waren äußerst niedrig, so dass es keines „Mietendeckels“ bedurfte und jeder konnte von seinem Arbeitslohn menschenwürdig leben. Des Weiteren war die ärztliche Versorgung kostenlos. ut betreut in Pflegeheimen konnten alte Menschen beruhigt ihrem Rentnerdasein entgegensehen. Im Gegensatz dazu werden heute Milliardäre auch in Zeiten der Pandemie immer reicher, während das Pflegepersonal in Krankenhäusern und Altersheimen schufteten und um einen Mindestlohn kämpfen muss. Nicht unerwähnt sei auch das Heer der Arbeitslosen, der Hartz-IV-Empfänger sowie der Rentner, die um ihr Dasein etwas aufzubessern, aus Mülltonnen Flaschen sammeln.

Sehr bestürzt bin ich auch, wenn ich Vergleiche zwischen meiner Tätigkeit als Offizier der Volkspolizei, die am 1. Juli 2021 ihren 75. Ehrentag begehen würde, und dem Wirken der

heutigen Polizei anstelle. Unsere Aufgabe bestand darin, in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung eine hohe öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, wobei in der Hauptstadt Berlin vor allem die Großveranstaltungen hohe Anforderungen an Polizei und Bevölkerung stellten. Noch heute erinnere ich

Vor 75 Jahren gebildet und ein zuverlässiger Partner von ISOR: Die Deutsche Volkspolizei



mich an die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973, als 25.000 Jugendliche aus 140 Ländern begeistert in Berlin zu Gast weilten. In den Tagen vom 28. Juli bis 5. August fanden über 1.500 Veranstaltungen statt, in der 1,3 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt Berlin befanden sich in diesen Tagen etwa 5 Millionen Menschen und die Großveranstaltungen, u.a. die Abschlussveranstaltung auf dem Marx-Engels-Platz mit 750.000 Teilnehmern belasteten das Verkehrsgeschehen in der ganzen Stadt maßgeblich. Nur eine kleine Episode soll daran erinnern, wie die VP zum friedlichen Verlauf dieses Treffens der Weltjugend beitrug.

Am 28. Juli 1973 in den späten Abendstunden wurde mir als Leiter der Führungsgruppe des PDVP Berlin gemeldet, dass sich etwa 150 Jugendliche, die aus persönlichem Interesse nach Berlin gekommen waren, auf den Podien und Tribünen am Alex zur Nachtruhe niederließen. Für mich war das ein „Besonderes Vorkommnis“, denn Obdachlose gab es in der sozialistischen Hauptstadt nicht. Ich nahm Verbindung mit der Führungsgruppe im Magistrat auf und wir kamen überein, den Jugendlichen eine als Reserveobjekt vorbereitete Schule als Unterkunft anzubieten. Mit Freude nahmen die Jugendlichen dieses Angebot an, sie wurden in diesem Objekt in die kostenlose Verpflegung einbezogen und wurden fortan begeisterte

Teilnehmer an den Veranstaltungen. Ausgehend von dieser Haltung trug die VP durch ihr höfliches Auftreten gegenüber allen Festivalteilnehmern – ganz gleich, ob weiß, schwarz oder gelb - zum friedlichen Verlauf dieses Weltjugendtreffens bei, so dass es zu keinerlei Auseinandersetzungen kam. Im Gegensatz dazu sind die heutigen Polizeieinsätze meist durch Gewalt gekennzeichnet, wobei auch die Bevölkerung Widerstand entgegengesetzt. Als aktuelles Beispiel sei an den Polizeieinsatz „Hausprojekt Rigaer Straße 94“ am 17.6.2021 erinnert. Um eine Brandschutzbegehung durchzusetzen, rückte die Polizei mit 1000 Mann und schwerem Gerät wie Rammböcke, Trennschleifern und Kettensägen an. Auch die Linksradikalen im Haus waren nicht untätig, sie errichteten Barrikaden, besprühten die Polizei mit Feuerlöschern und bewarfen sie mit Steinen.

Als Rentner mit über 90 Jahren, der den Zweiten Weltkrieg erlebt hat und seine Heimat verlassen musste, aktiv am Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands teilnahm und es 1990 ablehnte, den Anschluss der DDR an die BRD gewaltsam mit einem Blutvergießen zu verhindern, frage ich mich heute: Wohin geht dieses Deutschland? Das ausschließlich auf Maximalprofit orientierte kapitalistische Gesellschaftssystem, das Frau Kramp-Karrenbauer bereit ist, mit nuklearer Abschreckung zu verteidigen, führt zum Untergang Deutschlands. Doch ich glaube an Deutschland, an die Schöpferkraft und den Fleiß seiner Menschen und appelliere an unser Volk, nach den zwei Weltkriegen den Völkern Europas ein Beispiel für einen friedlichen und sozial gerechten Staat zu geben. Die einzige Voraussetzung dafür ist die Einigkeit der unzufriedenen und ausgebeuteten deutschen Menschen, der an der Armutsgrenze Lebenden, der Arbeitslosen und der Hartz-IV-Empfänger, der um einen Mindestlohn Ringenden so wie vieler Rentner, aber auch der zahlreichen Antifaschisten und Friedenskämpfer. Ihr Zusammenschluss, organisiert durch die Arbeiterparteien zu den nächsten Bundestagswahlen, stellt ein Potential von über 66 Prozent der deutschen Bevölkerung dar. Aus den besten Vertretern dieses erfolgreichen Wahlkampfes könnte eine progressive Regierung gebildet werden, deren historische Mission in der sozial-ökonomischen Transformation des Kapitalismus besteht. Und wenn die deutschen Kapitalisten diesem historischen Prozess keine Gewalt entgegengesetzen, würde unser Deutschland ein Land werden, in dem die Menschen in Frieden sowie sozial gerecht leben und ein menschenwürdiges Dasein führen können

Zum 30. Jahrestag der Gründung von ISOR e.V.

Liebe Freunde

zu Eurem 30. Jahrestag der Gründung möchten wir, die RotFüchse aus Rostock, euch herzlichst gratulieren.

Eigentlich steht man mit 30 Lebensjahren in der Blüte seines Lebens. Als bestehende Vereinigung sind 30 Jahre Existenz ein Markenzeichen, ein Qualitätsmerkmal, insbesondere, wenn man die Entstehungsgeschichte von ISOR betrachtet.

Die Gründung von ISOR war vor 30 Jahren überfällig, da die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1990 es bei der hautnah erlebten Ungerechtigkeit z.B. bei der Rentenberechnung einfach notwendig machten. Es haben sich überzeugte ehemalige Staatsdiener der DDR aus verschiedenen DDR-Ministerien zusammengefunden, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Dies stellt eine neue, in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch nie dagewesene Solidargemeinschaft dar.

Rückblickend wurde diese Solidargemeinschaft schnell strukturell zu einer kampfstarken Truppe aufgebaut.

Seit ca. 2008 lernte ich die Mitglieder von ISOR kennen und sehr schnell auch zu schätzen. Mit dem damaligen RotFuchs-Vorsitzenden Harry Machals aus Rostock wurden schnell enge Verbindungen auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit geknüpft, die bis heute beide Organisationen verbindet.

Seit 2011, als ich den Vorsitz des RotFuchs Rostock von Harry Machals übernahm, war es von mir selbstverständlich, diese enge Zusammenarbeit stets aufgrund der geänderten Bedingungen weiter zu qualifizieren. Natürlich war es nicht mein Verdienst, sondern das der gesamten RotFuchs-Mannschaft und die der ISOR-Mitglieder, dass wir über alle Jahre hinweg uns gegenseitig unterstützen. Dabei ist zu erwähnen, dass solche verdienstvollen Mitglieder wie Helmut Grohmann, Uwe Johannßon und Gerdt Puchta stellvertretend für viele ISOR-Mitglieder, für eben diese

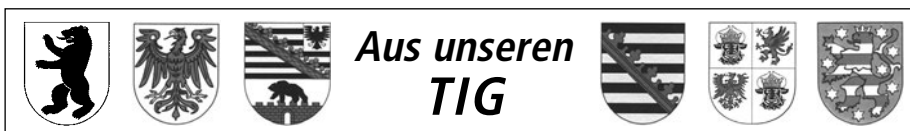
enge freundschaftliche Zusammenarbeit stehen. Wenn hier schon ein paar Namen erwähnt werden, so bedarf es einer besonderen Würdigung von Prof. Dr. Horst Bischoff, der an vorderster Front mit für die Rechte der ISOR-Mitglieder unermüdlich bis heute gekämpft hat und kämpft. Horst hat zudem auch einen enormen Anteil daran, dass die „Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität“ (GeFiS) e.V. im Juli 2020 gegründet werden konnte.

Die Gründung des GeFiS ist deshalb an dieser Stelle besonders erwähnenswert, weil es auch das Spiegelbild der vielfachen veränderten Situation im gemeinsamen politischen Kampf der heutigen Zeit darstellt.

Die Mitglieder von ISOR haben über 30 Jahre und über alle Gerichtsinstanzen in Deutschland hinweg für die Rechte der ehemaligen Staatsdiener der DDR gekämpft. Auch wenn nicht alle Ziele bisher erreicht werden konnten, so muss man eindeutig erwähnen, ist das nicht als Niederlage im Kampf um Rentengerechtigkeit und anderer soziale Rechte zu bewerten. Es ist ein eindeutiger Beleg für die Siegerjustiz-Mentalität, die vom damaligen FDP-Justizminister Klaus Kinkel gegenüber den DDR-Bürgern ausgerufen worden ist und bis heute so praktiziert wird. Gerade unter Beachtung dieser äußerst erschwerten Voraussetzungen im Kampf von ISOR für soziale Gerechtigkeit, ist jeder Erfolg bei der Rechtsprechung im Einzelfall, in den verschiedenen Ebenen der einzelnen Bundesländer als besonderer Erfolg der Arbeit und des Kampfes aller ISOR-Mitglieder zu bewerten. Erst diesem geschlossene Agieren der ISOR-Mitglieder selbst und dem stets klugen und besonnenen Handeln seiner Führungsspitze ist es zu verdanken, dass nicht nur Erfolge errungen worden sind, sondern dass es ISOR bis heute gibt.

Wir vom RotFuchs Rostock und vom GeFiS e.V. wünschen euch, liebe Freunde weiterhin viel Kraft und Erfolg im weiteren Kampf für die soziale Gerechtigkeit – und: seid euch unserer Unterstützung bewusst.

Carsten Hanke RotFuchs Rostock, GeFiS e.V.



Anlässlich des 80. Jahrestages des verbrecherischen Angriffes des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion fand am 22. Juni auf dem Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee und an der Stele für den ersten Stadtkommandanten der Roten Armee, Konrad Wolf, unsere Gedenkveranstaltung gemeinsam mit der TAG der GRH e.V. und der Stadtorganisation der Partei Die Linke statt, begleitet von den Klängen alter russischer Volkslieder.

Zu Beginn sprach unser Mitglied und auch Vorsitzender der TAG der GRH e.V. Oberst a. D Karl Rehbaum. Er führte u.a. aus:

Wie sind heute an den Gräbern unserer Befreier vom Faschismus zusammen gekommen um des vor 80 Jahren erfolgten verbrecherischen, heimtückischen und wortbrüchigen Beginns des Vernichtungskrieges gegen die Völker der Sowjetunion zu gedenken.

Dieser Überfall auf die Sowjetunion war ein Jahrhundertverbrechen, war ein Krieg der

verbrannten Erde. Wie es in der faschistischen Terminologie hieß, sollte der jüdisch-bolschewistische Feind vernichtet werden. Es ging um Rohstoffe, Arbeitskräfte u. a. mehr. Ein barbarisches Kapitel deutscher Geschichte.

Den deutschen Faschisten ging es um eine gezielte Vernichtung der Menschen aus rassistischen und politischen Gründen. Der Barbarossa-Plan war als Vernichtungskrieg konzipiert und auf allen Gebieten im Detail ausgearbeitet. In der Sprache der Faschisten sollte die jüdisch bolschewistische Intelligenz vernichtet werden, also Funktionäre der KPdSU und des Staates. Sowjetische Kriegsgefangene wurden durch Mord und einer unmenschlichen Behandlung systematisch vernichtet.

Wir sind, aus alldem heraus, angehalten, die richtigen Schlüsse zu ziehen. So wie die derzeit Regierenden in Deutschland handeln, geht es auf keinen Fall. Immer wieder wird betont, dass Deutschland gegenüber Israel auf Grund der von den Faschisten ermordeten sechs Millionen Juden eine besonde-

re, vor allen politische Verantwortung, hat. Egal was für eine Politik die israelische Regierung betreibt. Gegenüber dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion – Russland – gilt eine solche besondere Verantwortung für die deutsche Regierung nicht und dies bei 27 Millionen Opfern und der Tatsache, dass die Sowjetunion die Hauptlast für die Befreiung der Völker Europas im Zweiten Weltkrieg getragen und uns vom Faschismus befreit hat. Statt friedliche Beziehungen zu Russland zu entwickeln und zu pflegen, geschieht das Gegenteil. Die etablierten deutschen Parteien und die Regierung der BRD sind nicht willens, die richtigen Schlussfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen. Heute, am 22.6. findet in Moskau eine internationale Sicherheitskonferenz statt. Die NATO, auch Deutschland, lehnten eine Teilnahme ab. USA, NATO, insbesondere auch Deutschland unterstellen Russland Aggressionsabsichten.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Beziehungen zwischen den USA, der NATO und auch insbesondere Deutschland zu Russland sind auf einem Tiefpunkt.

Ein Feindbild wird gepflegt. Geschichtsfälschungen stehen auf der Tagesordnung. Selbst in Teilen der deutschen Friedensbewegung gibt es einseitige Betrachtungen und Bewertungen



der Politik Russlands. Bezüglich der gegenwärtigen, den Frieden gefährdenden, Politik von USA, NATO, EU und immer wieder Deutschland ist es für alle friedliebenden Menschen notwendig, dem mit konkreten Forderungen zu begegnen, gemeinsam der gefährlichen Politik Einhalt zu gebieten.

Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland stehen auf der Tagesordnung. Setzen wir uns dafür ein, es gibt viel zu tun.

Klaus-Dieter Jäschke, TiG Barnim

*

Der 22. Juni 1941 ist ein Tag des Erinnerns und der Trauer

Der Tag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion jährte sich dieses Jahr zum 80. Mal. Nicht nur die Völker der ehemaligen Sowjetunion begehen diesen Tag als Tag des Erinnerns und der Trauer, sondern auch Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Tag begann in Berlin mit einer etwas spektakulär anmutenden Aktion am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten. Der Verein Offiziere Russlands in der BRD hatte im Zusammenwirken mit dem Fallschirmjäger Traditionsverband und dem Russischen Haus zu einer feierlichen Gedenkzeremonie eingeladen. Um 2 Uhr (Moskauer Zeit 4Uhr) wurde am Ehrenmal des Beginns der Kampfhandlungen gedacht. Den Abschluss bildeten symbolische Aktivitäten wie 27 Ballons als Friedenstauben sowie die Aufführung einer Sinfonie am Russischen Haus in der Friedrichstraße.

Vereine und Bürger der Stadt Berlin gedachten gemeinsam mit Vertretern der Botschaft der Russischen Föderation dieses Überfalls mit einer feierlichen Kranzniederlegung am Ehrenmal in Berlin-Tiergarten. Der russische Botschafter dankte allen Anwesenden für ihre Haltungen der Solidarität und wünschte weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Im Gegensatz dazu fanden Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages nur abwertende Bemerkungen auf gestellte Anfragen

wie es die Fraktion der Partei Die LINKE an den Bundestagspräsidenten getan hat.

Selbst die Kranzniederlegung des Bundespräsidenten, Frank Walter Steinmeier, begleitet von einem militärischen Zeremoniell, am sowjetischen Ehrenmal in der Schönholzer Heide im Norden Berlins, wirkte wie ein Feigenblatt und wurde von den meisten Menschen auch so aufgenommen.

Der Verein VVN-BDA hatte für diesen Tag zu einer Kundgebung auf dem Bebelplatz aufgerufen, dem mehrere Vereine und Organisationen gefolgt sind. Mit einem feierlichen Programm wurde des 22. Juni 1941 gedacht und mit künstlerischen Darbietungen umrahmt. Wie eine zementierte Losung stand der Ausspruch „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ über diese Veranstaltung. Ausnahmslos alle Redner verwiesen auf die heuchlerische Aufrüstungslüge und militärische Aggressivität gegenüber Russland durch NATO und Europäischer Union. Besonders stand der bundesdeutsche Außenminister, Heiko Maas, im Fokus der Kritik.

Gemeinschaftlich wurde von allen Beteiligten der Wille bekräftigt, dass Geschichte nicht verfälscht oder uminterpretiert wird. Wehren wir uns gegen die betriebene politische und mediale Russophobie seitens der Bundesregierung im Bündnis mit der NATO und der EU. Wenden wir uns weiter an die Bürger des Landes für eine völkerverbindende, solidarische Zusammenarbeit, insbesondere mit den Völkern der Russischen Föderation.

Lothar Schlüter

Aus der Postmappe

Der Sonderermittler in Diensten des MfS, Hans Becker beginnt wieder mit seinen Lesungen. Sein Report weist ihn als verdienstvolle Person der Zeitgeschichte aus. Er hat sein ganzes Berufsleben für die Sicherheit des Landes und seiner Bürger gearbeitet und er gehörte zu den erfahrensten Kriminalisten der DDR. Erste Stationen seiner Lesungen: Elmenhorst, Berlin, Halle. Der Autor freut sich auf weitere Begegnungen: e-mail:hansbecker34@aol.de

K.B.

*

Ein doppeltes SALUT!

Wir sind nunmehr seit über dreißig Jahren an die BRD angeschlossen. Trotz meiner Vergangenheit „in der zweiten deutschen Diktatur“ hat sich mein Rentenbeitrag in diesen Jahrzehnten, nur unwesentlich erhöht. Ich werde selbstverständlich, trotz der Gleichstellung mit den deutschen Faschisten nicht als „ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes“ (Artikel 131 Grundgesetz für die BRD) behandelt. Gemäß der Ausnahmebestimmung des Artikels 6 Einigungsvertrag wurde der Artikel 131 „vorerst nicht in Kraft gesetzt“. Aus dem völkerrechtlichen Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD wurde ein quasi völkerrechtlicher Vertrag. Das theoretische Problem „der Diktatur des Proletariats“ wurde und wird

mit dem Hitlerfaschismus auf eine Stufe gestellt. Wenn Merten in: „Das DDR-Aufhebungsgesetz als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung?“ u.a. den Zeitdruck im Juni 1990 hervorhebt (Ziffer 103), dann ignoriert er gleichermaßen die vergangenen drei Jahrzehnte. Genug. Wenn erwünscht, kann ich weitermachen.

**Mit festem Händedruck Dr. Klaus
Emmerich**

*

Eine Stimme aus der Schweiz

Seit seinem Erscheinen habe ich das neue Buch des Schweizer Historikers Daniele Ganser mehrmals gründlich durchgelesen und fühle mich und alle Isor-Leser mit seiner Widmung an alle „Menschen, die Krieg, Terror, Folter und Kriegspromaganda aus tiefstem Herzen ablehnen und sich mit Ausdauer und Freude für den Frieden engagieren“ direkt angesprochen.

Ich bin der Meinung, dass Isor heute die einzige Zeitschrift in Deutschland ist, die mit dieser Konsequenz gegen jede Kriegspolitik auftritt, was sie besonders mit ihrem Bekenntnisbuch hoher Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR „Soldaten für den Frieden“ unter Beweis gestellt hat.

Deshalb möchte ich all ihren Lesern das Buch des Schweizer Historikers Daniele Ganser (geb. 1972): „Imperium USA – Die skrupellose Weltmacht“ (Orell Füssli Verlag 2020, Zürich) konkret vorstellen und unbedingt zur Lektüre empfehlen. Nach seinem Bekenntnis zur weltweiten Friedensbewegung einschließlich der USA und ihrer weltbekannten Friedenskämpfer erläutert er in der Einleitung drei Prinzipien seines Herangehens:

„UNO-Gewaltverbot. Achtsamkeit und Menschheitsfamilie“.

Dabei betont er vor allem, dass das letztgenannte schon bei „der Gründung der UNO im Jahre 1945 erlassen wurde:

„Es ist leider in Vergessenheit geraten und viele Menschen haben noch nie davon gehört. Daher erwähne ich es oft in meinen Büchern und Vorträgen, weil es ein ganz wichtiges Instrument der -Friedensbewegung ist“. Schon dem 2. Kapitel gibt er die Überschrift: „Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden“, weil sie sich in ihrer 200jährigen Geschichte und vor allem nach 1945 wirtschaftlich und militärisch zu einem Imperium entwickelt haben, das die ganze Welt bedroht.

In den folgenden 15 Kapiteln weist der Autor anhand von in meinem Alter kaum zu überblickenden historischen Materials nach, dass die USA heute die einzige Weltmacht sind, die sich nie an die zumindest seit den beiden großen Revolutionen von 1789 in Frankreich sowie in Russland 1917 erkämpften und nach 1945 in der UNO vereinbarten Friedensgebote gehalten hat. Anhand reicher historischer und aktueller Quellen nach zeigt er, dass die USA heute die einzige Weltmacht sind, die ihr riesiges Land ausschließlich durch die Ausrottung der indianischen Ureinwohner des amerikanischen Kontinents und

vom Beginn des 19. Jahrhunderts an auf durch die unter brutalsten Bedingungen und ungezählten Todesopfern der auf großen Schiffen herbeigeholten Schwarzafrikaner zusammenge“kriegt“ haben.

Alle anderen heute als Weltmächte geltenden Staaten – Russland und China, aber auch Indien und der Arabische Raum breiteten sich schon seit über tausend Jahren aus und hatten zwar auch Grenz- und Abgrenzungsprobleme auszutragen, hatten aber niemals große Kriege gegeneinander geführt.

Nachdem die Volksrepublik China es in einigen Jahrzehnten geschafft hat, den zweiten Platz unter den größten Wirtschaftsmächten der Welt zu erreichen, ein Prozess, zu dem alle anderen großen Wirtschaftsmächte Jahrhunderte gebraucht haben, beobachte ich bei allen Programmen des deutschen Fernsehens und den anderen Massenmedien sowie in den hochmodernen digitalen Anlagen, dass hier der Antikommunismus, den schon Thomas Mann 1955 als „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ verurteilt hatte, in der Berichterstattung über die Volksrepublik China wieder überhandnahm. Mit dem Ausbruch des Koreakrieges hatte diese Art der Behandlung der ostasiatischen Völker – ausgehend von der im Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland – das Denken in ganz Europa bestimmt.

Als ich nach über 30 Jahren 2018 in der von meinem alten Freund Bodo Quart organisierten Reisegruppe wieder nach Nordkorea kam, beeindruckte mich vor allem die große Abschluss

Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Gründung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik. Auch Delegationen der Volksrepublik China und aus Russland saßen neben den höchsten Vertretern der KDVR im Präsidium. Die ganze Veranstaltung endete mit einer Riesenlosung, die von allen der über 100 000 Teilnehmer begeistert begrüßt wurde Frieden Selbständigkeit, Freundschaft

Eine Massenveranstaltung unter diesen zentralen Losungen hatte ich seit dem Ende der DDR nicht mehr erlebt.

Erinnert fühlte ich mich aber auch an die heute noch von kaum einem Historiker beachtete mächtige Weltfriedensbewegung, die mich und meine Generation für das ganze Leben geprägt hat, und in der die französische Jugend eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Einflüsse dieser Gemeinsamkeit finde ich heute allerdings nur noch in wenigen Sendungen des Senders Arte. Im vorigen Jahr gab es nämlich nur in diesem Sender einen Beitrag über die Schlacht der Sowjetarmee am Kursker Bogen, die wieder mit Tausenden Opfern von Sowjetsoldaten endgültig den Sieg über Hitler im Osten herbeiführte, ohne den – nach dem zusammenfassenden Kommentar des Autors – „der spätere Gesamtsieg der Alliierten über den deutschen Faschismus nicht möglich gewesen wäre“.

Alle diese Jugenderfahrungen bedingten meine endgültige Entscheidung für die Beschäftigung mit den Sprachen, Kulturen und der Geschichte der Völker Ostasiens. Erst als ich 1984 meine Broschüre „Asien – Wege zu Marx und

Lenin“ im Dietz Verlag Berlin veröffentlichen konnte, las ich nach vielen Jahren das von Marx und Engels verfasste „Kommunistische Manifest“ und die historischen Schriften von Friedrich Engels mit erhöhter Aufmerksamkeit, wobei mir mehrmals auffiel, dass er sich und Marx darauf aufmerksam machte, dass man zu wenig über die „asiatischen Dinge“ wisse, eine frühzeitige Erkenntnis, die selbst wir mit unserer weltoffenen Beschäftigung in den seit 1968 in der DDR bestehenden Regionalwissenschaften nicht genügend beachtet hatten.

Und all das veranlasst mich heute, gründlicher über mein uneingeschränktes Festhalten an dem Begriff Marxismus-Leninismus festzuhalten, aber mich von auch von mir im oben genannten Buch gebrauchten Behauptung über den Marxismus-Leninismus als einzige wissenschaftliche Weltanschauung und die Unmöglichkeit von fehlerhaften Entscheidungen zu verabschieden sowie über die oben genannte Warnung von Friedrich Engels nachzudenken. Habe ich doch in meinen Übersetzungen der modernen koreanischen Literatur und durch die regelmäßige Teilnahme an den weltumspannenden großen wissenschaftlichen Konferenzen der im August 1990 von in Japan lebenden Koreanern gegründeten „Internationalen Gesellschaft für Koreanistik“ erkennen gelernt, dass jede Wissenschaft im Laufe ihrer frühen Entwicklungsphasen durchaus von Fehlinterpretationen oder Irrtümern nicht frei bleiben kann.

**Prof. Dr.- Helga Picht,
Bernau OT Schönrow**

Hinweis zur vorigen Ausgabe

Die der Redaktion übersandte Mitteilung, Frau Brigitte Steubler aus Cottbus sei verstorben, trifft nicht zu.

Das dürfte bestimmt für die Verursacher des Missverständnisses ein Grund sein, mit Frau Steubler den entstandenen Ärger mit einem guten Tropfen wegzuspülen.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 30.06.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.07.2021

Einstellung im Internet: 06.08.2021

Auslieferung: 11.08.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16